

Reinhart Sellner

## Schulversuche ohne Ende?

Beitrag zur gleichnamigen Podiumsdiskussion des 3. Internationalen Alfred Dallinger-Symposiums „Auf dem Weg zur gemeinsamen Schule am 7.11.2008.

1.

Die Gesamtschule war schon in den 70er Jahren eine sozial- und bildungspolitische Notwendigkeit. In Finnland fiel eine klare politische Entscheidung für die Gesamtschule und für die entsprechenden Bildungsausgaben. In Österreich scheute die SPÖ vor der politischen Auseinandersetzung mit den GesamtschulgegnerInnen in der ÖVP zurück, statt Information und Mobilisierung für die gemeinsame Schule gab Gesamtschulversuche mit starren Leistungsgruppen an Hauptschulen, am Ende standen die Leistungsgruppen an Hauptschulen, die in den Ballungsräumen immer mehr zu Restschulen wurden, und daneben die reformresistenten AHS-Unterstufen, zwei gesamtschulartige AHS in Graz und Wien-Liesing.

Mit der Losung „Mehr Arbeiterkinder an AHS!“ verabschiedete sich die SPÖ für die nächsten 30 Jahre von der Gesamtschule.

2.

Im ÖGB wurde die Gesamtschule auch kein Thema. Innerhalb des ÖGB gab es zwar, angeführt von GPA-FunktionärInnen und AK-ExpertInnen, eine sozialdemokratische Mehrheit fürs Überwinden der sozialen Selektion der 9-/10-Jährigen, aber wenn es um ÖGB-Kongresse und Grundsatzpapiere ging, haben die „roten“ Gewerkschaften immer wieder aus Rücksicht auf die „schwarze“ GÖD auf die Gesamtschulforderung verzichtet. Als Teilnehmer an ÖGB-Kongressen und als Minderheitenvertreter in Bildungs-Arbeitskreisen zur Vorbereitung der Grundsatzdokumente dieser Kongresse habe ich dieses Rücksichtnehmen immer wieder miterlebt.

3.

Die Abwahl von Schüssel, Gehrer und Bartenstein und der Wechsel im BMUKK Anfang 2007 hat dann doch noch ein Zeitfenster aufgestoßen. Schulversuche „neue Mittelschule“ konnten vom Koalitionspartner ÖVP zwar arg zusammengestutzt, aber nicht verhindert werden. Eine neue, reformpädagogisch gestimmte Gesamtschulbewegung gewinnt mit jedem neuen Schulversuchsstandort an Boden. Die damit verbundene Gesamtschuldiskussion hat Bewegung in der Öffentlichkeit und an den Schulen ausgelöst, deren LehrerInnen nach mehr als 10 Jahren der Stundenkürzungen und Einsparungen an eine demokratische Wende in der Schulpolitik noch immer nicht recht glauben wollen. Die der Schüssel-ÖVP nahestehenden „schwarzen“ SpitzenfunktionärInnen der AHS-Gewerkschaft mobilisierten als „Schule.bunt“ gegen „Einheitsbrei“ und „Niveauperlust“ - „neue Mittelschulen“ werden daher im ersten Jahr fast ausschließlich von Hauptschulen in Kooperation mit BMHS und einigen BORGs versucht. Eine AHS-Unterstufe ist im Startjahr 2008/09 der Ausnahmefall (Graz, Klusemannstraße), alle anderen AHS haben auf bessere pädagogische und Arbeitsbedingungen verzichtet.

Ob die Gesamtschulversuche für 6 Versuchsjahre nichts anderes als „neue Mittelschulen“ als dritten Schultyp zwischen Hauptschule und AHS bringen oder ob sie Schritt für Schritt flächendeckend zur Regelschule ausgeweitet werden, ist offen. Ohne Ende werden sie diesmal nicht sein, denn sie sind befristet. Die geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die ein Vergeuden menschlicher Begabungen nicht mehr zulassen, sprechen für die Gesamtschule als Regelschule. Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung; ÖGB und AK haben sich in Bad Ischl für die gemeinsame Schule von 6 bis 14 ausgesprochen, im Kindergartenbereich gibt es erste Schritte in Richtung sozialer Integration. Und innerhalb der ÖVP hat die neuerlich verlorene Wahl die Schüssel-Bartenstein-Position hoffentlich entscheidend geschwächt.

4.

Das 3. Internationale Dallinger-Symposium ist ein Zeichen dafür, dass ÖGB und AK ihre gesamtschulpolitische Zurückhaltung aufgeben. Aber der ÖGB ist eines, die vom ÖVP-Bildungssprecher und Regierungsverhandler Neugebauer geführte GÖD und ihre bestenfalls nebeneinander agierenden LehrerInnengewerkschaften sind eine andere Baustelle, dazu drei Beispiele:

Gesamtschule:

- > AHS-Gewerkschaft sagt NEIN und blockiert mit ÖVP-Unterstützung und FSG-Duldung
- > APS-Gewerkschaft (Pflichtschule, Volks-, HauptschullehrerInnen, Poly) sagt nicht nein, setzt aber kaum Aktivitäten für ein JA, auch nicht innerhalb der GÖD
- > BMHS-Standorte kooperieren mit Hauptschulen im Rahmen des Schulversuchs

Gemeinsame Universitätsausbildung für alle LehrerInnen (Masterabschluss):

- > APS sagt grundsätzlich JA, lehnt PH-Gesetz ab und ist mit dem PH-Bachelor zufrieden
- > AHS sagt JA zur Masterausbildung der AHS-LehrerInnen und verschweigt sich zum PH-Gesetz
- > BMHS sagt grundsätzlich JA zur Masterausbildung an Unis

Dienstrecht-Verwaltungsreform:

- > APS verhandelt im Alleingang ihr LandeslehrerInnendienstrecht
- > AHS verschweigt sich
- > APS + AHS + BMHS verschweigen sich zur Dienstrechtsreform aber
- > APS + AHS + BMHS sagen wie die gesamte GÖD NEIN zum Bürokratieabbau (Abbau von Parallelstrukturen auf Landes- und Bezirksebene, Stärkung der Schulen), obwohl dieses Einsparungspotential für zusätzliche LehrerInnendienstposten und für die konkrete Arbeit an den Schulen genützt werden soll.

5.

Wir brauchen EINE solidarische LehrerInnengewerkschaft in der GÖD und nicht 5 (es gibt zu APS-, AHS-, BMHS-Gewerkschaft noch die für Landwirtschafts- und für Berufsschulen). Die Aufspaltung in „Stände“ und das Auseinanderdividieren der LehrerInnen kann nur von EINER solidarischen LehrerInnengewerkschaft überwunden werden. Als Übergangslösung ist von der GÖD die statutarische Aufwertung der ARGE LehrerInnen zu fordern, die derzeit ohne Kompetenzen und ohne Geschäftsordnung nur wenig zur Zusammenarbeit aller LehrerInnen beiträgt. Das konsequente Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen aller LehrerInnen und das Unterstützen der Gesamtschulreform, einer Reform im Interesse aller von ÖGB und AK vertretenen Lohnabhängigen, ist längst notwendig.

Wir brauchen einen solidarischen, von Parteipolitik emanzipierten ÖGB und keine Abspaltung von Teilgewerkschaften und keine ideologischen Ausritte von Teilgewerkschaften der GÖD, mit denen die sozial- und bildungspolitisch überfällige Gesamtschulreform seit mehr als 30 Jahren verschleppt wird. Wir wollen mitgestalten, auch und gerade im Interesse der LehrerInnen an besseren Arbeits- und Einkommensverhältnissen und der finanziellen Absicherung von Schule und Schulreform..

6.

Der Nationalrat und die künftige Bundesregierung sind gefordert. Sozial- und Bildungspolitik verlangen klare politische Entscheidung für die Gesamtschule, für die Universitätsausbildung aller Pädagogischen Berufe, für kostenlose Kindergärten und Ganztagschulen. Es ist keine Zeit mehr für Schulversuche ohne Ende.

Reinhart Sellner ist AHS-Gewerkschafter der Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB und in der GÖD